

Krafauer Zeitung.

Nr. 66.

Dinstag den 21. März

1865.

Die „Krafauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Krafa 3 fl., mit Verlegung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Kr., einzelne Nummern 5 Kr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

IX. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatte für die vierstellige Petitzeile 5 Kr., im Anzeigebblatt für die erste Einrückung 5 Kr., für jede weitere 3 Kr. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Kr. — Inserat-Verstellungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Einladung zum Abonnement

auf das mit dem 1. April d. J. beginnende neue Quartal der

„Krafauer Zeitung.“

Der Pränumerations-Preis für die Zeit vom 1. April bis Ende Juni 1865 beträgt für Krafa 3 fl., für auswärtig mit Inbegriff der Postzuschuldung 4 fl.

Abonnements auf einzelne Monate (vom Tage der Zusendung des ersten Blattes an) werden für Krafa mit 1 fl., für auswärtig mit 1 fl. 35 Kr. berechnet.

Amtlicher Theil.

Nr. 4428.

Die Gemeinde Zagorzany (Sandeczer Kr.) hat sich im Zwecke der Dotirung einer Pfarrschule im Orte, an welcher die Dienste des Lehrers und Organisten vereinigt sein sollen verbindlich gemacht, zum Unterhalte des Lehrers jährlich 100 fl. 6. W. beizutragen, das bestehende Schulhaus stets im guten Stande zu erhalten, das Schulzimmer mit den nöthigen Einrichtungsstücken zu versehen, die Schulüberwachung selbst zu besorgen und zur Beheizung der Schule jährlich 5 Klafter Holz anzukaufen und beizustellen.

Dieses an den Tag gelegte lobenswürdige Streben nach Hebung der Volksbildung wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.

Krafa am 9. März 1865.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster unterzeichnetem Diplome den Hofrath und Kanzleidirector des Oberhofmeisterrathes, Wilhelm Ritter Draetler v. Carin, als Ritter des Ordens der eisernen Krone zweiter Classe den Ordensstatuten gemäß, in den Freiherrenstand des österreichischen Kaiserthums allergnädigst zu erheben geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschlieung vom 12. October v. J. rückfichtlich mit hienüber ausgefertigtem Allerhöchster unterzeichnetem Diplome den nach dem Hauptmann im 49. Infanterie-Regimente und Ritter des Ordens der eisernen Krone dritter Classe Armand Schaumburg hienüber seinen Sohn Franz Seraph Joseph in anerkennungs- und gnadenweiser Anwendung der Ordensstatuten in den Ritterstand des österreichischen Kaiserthums allergnädigst zu erheben geruht.

In Folge der Allerhöchsten Patente vom 21. März 1818 und 23. December 1859 wird am 1. April d. J. um 10 Uhr Vormittags in dem für die Verlosungen bestimmten Locale im Bancohause in der Singerstraße die 416. Verlosung der alten Staatsschuld und unmittelbar hierauf die 21. Verlosung der Gewinnnummern der Schuldverschreibungen des Lottospielens vom Jahre 1854 vorgenommen werden.

Von der k. k. Direction der Staatsschuld.

Nichtamtlicher Theil.

Krafa, 21. März.

Die feste Haltung Oesterreichs scheint in Berlin ihre Wirkung nicht zu verfehlen, man sucht Oesterreichs Zustimmung für die preussischen Pläne zu gewinnen. Die „Köln. Z.“ schlägt zu diesem Zweck einen Land- und Handelsvertrag zwischen Oesterreich und Preußen vor und bietet Oesterreich gegen Abtretung seines Antheiles an Schleswig — einen Streifen der preussischen Wasserpolaie an. Die Oesterreicher, heißt es in diesem interessanten Artikel, wünschen zwar, wenn es anginge, jeden Machtzuwachs Preußens im Norden verhindern zu sehen. Aber sie fühlen, daß dies sich kaum noch verhindern läßt (?), daß Oesterreich gewissermaßen gegen natürliche Verhältnisse ankämpft. Und sich Schleswig-Holsteins wegen in neue unabsehbare Verwickelungen zu stürzen, dazu hat am Ende selbst der österreichische Reichsrath unzweifelhaft wenig Lust. In Berlin muß man umgekehrt bedenken, daß am Ende Oesterreich den letzten Krieg nicht bloß geführt hat, um — travailler pour le Roi de Prusse, daß es sein Mißgeschick in den Herzogthümern nicht ganz umsonst hergeben kann. Die „Süddeutsche Post“ jagt heute, es ist die Meinung verbreitet, die Allianz mit Preußen sei Oesterreichs geheimster und innigster Gedanke, so daß ein etwaiges Opfer, das Preußen dem österreichischen Bündniß schließlich zu bringen sich entschließe, das Bündniß in der Wagschale der österreichischen Politik wieder auf die Seite Preußens hinneigen mache. Ist es nun Preußen wirklich ganz unmöglich, Oesterreich ein Opfer, ein Aequivalent zu bringen? Eine Bürgschaft für Oesterreichs unnatürlichen Besitz in Italien

kann Preußen allerdings nicht übernehmen; ist aber auch jede andere Entschädigung ganz unmöglich? Wir sind Alle einig, daß überhaupt kein deutscher Fürst unter keinen Umständen einen Fuß breit deutscher Erde an das Ausland abtreten darf, aber daß ein deutscher Fürst auch an einen deutschen Fürsten kein Gebiet abtreten dürfe, das ist eine funktionslose Lehre. Der Herzog von Coburg hat St. Wendel an Preußen abgetreten, der Großherzog von Oldenburg das Gebiet am Sahdebusen, die Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen und Hohenzollern-Hechingen ihr ganzes Land. Eine solche Lehre darf Preußen also am wenigsten zugeben. Unterhandelt doch gegenwärtig die preussische Regierung mit Sachsen-Altenburg, indem sie sächsisches Gebiet erlangen und dafür preussisches abtreten will. An sich ist es kein Frevel, wenn Preußen für den Fall, daß Oesterreich ihm z. B. seinen Antheil an Schleswig (das ziemlich zweifellos früher Christian IX. und jetzt Oesterreich und Preußen zugehört), also ein ansehnliches Gebiet im Norden abtreten will, ihm dafür, wenn auch nicht die Grafschaft Glas, doch einen Streifen der Wasserpolaie abtreten wollte. Auch das hat manche Bedenken, große Bedenken; aber wenn es sich herausstellen sollte, daß nur auf diese Weise ein deutscher Bürgerkrieg sich vermeiden ließe, so kann eine an sich bedenkliche, aber nicht unerlaubte Handlung unter solchen Umständen zu einer patriotischen Pflicht werden.

Die „Revue contemporaine“ läßt sich in einer ganz anderen Weise, als vor zwei Wochen, über die Schleswig-holsteinische Frage aus: „Nachdem die Mittelstaaten — schreibt sie — dem Wiener Cabinet ihre eigene Entrüstung nicht mitzutheilen vermochten, wendeten sie sich an Frankreich, und man versichert, daß Herr v. Beust verschiedene Schritte gethan hat, um das Tuilerien-Cabinet aus der Zurückhaltung, die es sich auferlegt, herauszubringen und zur Formulierung eines Tabells gegen die preussischen Ansprüche zu veranlassen. (Das „Dressd. Journ.“ hat dies entschieden geleugnet. Die Red.) Es sollte uns aber sehr wundern, wenn ihm dies glückte. Wie die Frage heute liegt, ist sie eine rein deutsche. Wir begreifen sehr wohl den Kummer, mit welchem Baiern und Sachsen auf diese Semi-Mediatirung des neuen deutschen Bundes-Mitgliedes blicken; es ist dies ein schlimmes Exempel, ein beruhigender Präcedenzfall. Allein sie werden eben so wohl auch begreifen, daß Frankreich um einer so geringfügigen Sache (pour un sujet aussi peu important) Preußen gegenüber keine drohende Haltung annehmen kann. Ob der neue Souverain mehr oder weniger unabhängig sei, ob Preußen in den Herzogthümern Seeleute aushebe oder nicht, ob es unter diesem oder jenem Rechtsstitel über die 20 — 30.000 Mann, welche der neue Staat vorkommenden Falls stellen kann, verfüge; das sind alles untergeordnete Fragen, in welche wir uns, weder im Namen der uns theuern Principien, noch im Interesse des europäischen Gleichgewichts, einmischen können. Die Deutschen fangen übrigens an, einzusehen, daß Frankreich die einzige aller europäischen Mächte war, die eine gleichzeitig gerechte und praktische Lösung des Conflictes vorgeschlagen hatte.“

Wie der „Independance Belge“ aus Paris geschrieben wird, hat die französische Regierung am 16. in Berlin und Wien anfragen lassen, ob es wahr sei, daß die Regentenschaft der Erbherzogthümer den Schleswigern, welche sich in einer Adresse an eine auswärtige Macht wandten, daraus ein Staatsverbrechen machen wolle. Nachdem das belgische Blatt hinzugefügt, daß Frankreich nöthigenfalls über Inhalt und Zweck der fraglichen Adresse Aufklärungen verlangen werde bemerkt es: „Vorläufig zeigt man sich hier in Paris einigermassen verwundert über die, was man schon weiß; man fragt sich, ob Bevölkerungen, welche in Wirklichkeit noch Niemanden angehören, als Verbrecher angesehen werden können, wenn sie den Wunsch kundgeben, von diesem oder jenem Staate regiert zu werden. Man fragt sich auch, ob in Bezug auf die Herzogthümer Preußen und Oesterreich bis jetzt nicht eben so gut, wie Frankreich und England, auswärtige Mächte sind. Schließlich noch dies, daß das Gefühl des Verdachtes in Paris im Steigen ist.“

Die Nachricht der „Hamburger Nachrichten“ aus Schleswig, daß die königl. dänische Regierung durch eine widerstrebende Haltung den Verhandlungen der in Kopenhagen tagenden Liquidations-Commission fortwährende Schwierigkeiten bereite, daß dänischerseits eine gemeinschaftliche Thätigkeit mit den Bevollmächtigten der deutschen Großmächte abgelehnt und dieselben auf den Weg der schriftlichen Correspondenz verwiesen worden seien, ist nach der „S.-G.“ vollkommen unbegründet. Die diesseitigen Commissäre, schreibt dieselbe, haben sich bisher in keiner Weise über einen Mangel an Entgegenkommen zu beklagen

gehört; es sind keine Verzögerungen eingetreten, die nicht in der Sache selbst ihren zureichenden Grund fänden, und was den schriftlichen Verkehr betrifft, so ist derselbe in vielen Fällen von den deutschen Commissären selbst als der der Natur der zu behandelnden Geschäfte entsprechendere beantragt worden.

Frankreich, heißt es, wird dem Beispiele Englands nicht folgen, und die interimistische Flagge der Herzogthümer nicht anerkennen. Man wird kaum fehlgehen, wenn man dies als eine neue, dem preussischen Cabinet erwiesene Gefälligkeit ansieht. Die Berliner officöse „Corresp. Zeidler“ ist höchlich entrüstet darüber, daß England die interimistische Flagge Schleswig-Holsteins anerkannt hat, und zeigt sich geneigt, dieses als das Ergebnis einer österreichischen Intrigue anzusehen. Sie tröstet sich jedoch damit, daß Frankreich und Rußland England nicht nachfolgen dürften, da Schleswig-Holstein noch kein Staat sei, und daher auf internationale Rechte keinen Anspruch habe. Das Merkwürdigste dabei ist, daß nicht etwa bloß von Oesterreich allein, sondern von Preußen mit Oesterreich das Ansuchen an die Seemächte um Anerkennung der neuen Flagge gestellt wurde. Das preussische Mandat, meint die „Presse“, ist ganz durchsichtig; man will, daß die Schiffe der Herzogthümer die preussische Flagge annehmen. Es ist nur, damit sie sich früher an dieselbe gewöhnen.

Ueber die Motive Henneffey's im englischen Parlament bezüglich Polens bemerkt der „Gaz.“: Wir wissen nicht, welchen Zweck der Freund Polens mit der Anregung dieser Frage hatte, aber gewiß konnte die Zeit nicht über gewählt sein. England, welches zur Wahrung seiner Interessen in Amerika vollauf in Anspruch genommen ist, wird sicher nicht in dem Momente Rußland reizen wollen, wo dieses mit den Republikanern von Washington auf so gutem Fuße steht und ihnen die Monroe-Doctrin anempfiehlt.

Der König der Belgier wird zu einem Besuch bei der Königin erwartet und vermutlich in der nächsten Woche in England eintreffen.

Die officöse „France“ ist ermächtigt, die Angabe der französischen Botschafter habe von einer baldigen Nämung Roms seitens der französischen Truppen gesprochen und der Papst habe in Folge dessen zu verstehen gegeben, er werde sich auf die balearischen Inseln zurückziehen, als unwahr zu bezeichnen.

Das „Giornale di Roma“ erklärt die Angabe des „Mem. diplom.“ in Bezug auf angebliche Vereinbarungs-Grundlagen, die in Rom mit einem vom Kaiser Maximilian vor seiner Thronbesteigung dahin gesendeten belgischen Diplomaten, Herrn Kint de Noo- dendenk, verabredet worden sein sollen, als völlig unbegründet.

Es wurde kürzlich gemeldet, daß Abbé Testory Almosenier der französischen Armee in Mexico in einer Broschüre auf die von der mexikanischen Geistlichkeit gegen die Politik des Kaisers Maximilian gerichteten Auslassungen geantwortet habe. Diese von den Pariser officösen Blättern sehr gelobte und citirte Schrift nimmt jetzt unter den von der Index- Congregation mit dem Damatur belegten Büchern die erste Stelle ein.

Ein (in St. Nazaire durch den Attaché der kaiserlichen mexicanischen Gesandtschaft für Rom, José Noriega y Malo, aufgegebenes) Telegramm Sr. Majestät des Kaisers von Mexico an Se. k. k. Apostolische Majestät meldet: „Die österreichischen Freiwilligen — kaum angelangt in dem Innern des Landes — haben unter Commando des Majors Rodolich eine der glänzendsten Erfolge errungen.“

Das Repräsentantenhaus in Washington hat den Beschluß gefaßt, es werde nie die von den Conföderirten contrahirte Schuld anerkennen.

Die Nachricht, daß in Lima: eine Revolution ausgebrochen sei scheint irrig zu sein. Ein Stabsofficier Pereira's ist neuerdings mit einer Rote der peruanischen Entschädigungssumme in London eingetroffen; er verließ den südamerikanischen Boden, ohne das Geringste von einer Bewegung in Lima erfahren zu haben.

Das englische Ministerium des Auswärtigen hat anläßlich des Krieges in Südamerika eine Bekanntmachung erlassen, datirt vom 14. März, durch welche allen britischen Fahrzeugen, die nach irgend welchen Häfen oder Plätzen am La Plata, an den Flüssen Parana, Uruguay und Paraguay oder nach dazu gehörigen Häfen oder Plätzen abgehen, oder mit denselben Handel treiben, auf's Strengste verboten wird, nach und aus erwähnten Häfen und Plätzen Munition oder Kriegsmittel irgendwelcher Art zum Gebrauche irgend eines der fortdauernden Staaten oder Parteien während der fortdauernden Feindseligkeiten einzunehmen oder zu überbringen.

Am 8. d. Mts. hätte, wie erwähnt, in Berlin

nach Beendigung der österreichisch-preussischen Zollverhandlungen der neue Vertrag unterzeichnet werden sollen, aber es wurde nichts daraus. Schon war der Vertrag gewissermaßen nur der Form wegen zur Verlesung an die Zollvereinsregierungen von Württemberg, Baiern, Hessen und Nassau bereit, deren zustimmende Antwort eingeholt werden sollte, als die Verlesung des Entwurfs im letzten Augenblicke angehalten und rückgängig gemacht wurde und zwar glaubt man, einer Berliner Correspondenz der „R. Z.“ zufolge, dies der unmittelbaren Beeinflussung des Hrn. v. Bismarck zuzurechnen zu müssen. Es haben sich nun auch sofort wieder einige Ausstellungen von Seiten der kleineren Zollvereinsstaaten an der Tarifordnung einzelner Gegenstände eingefunden — diese höchst untergeordneten Bedenken aber dürften es nicht sein, welche das Werk gefährden. Es scheint, daß die Concessionen Preußens nur auf Wohlverhalten ertheilt waren. Weitere Aufklärung wird wohl nicht lange ausbleiben.

† Krafa, 21. März.

Der „Gaz.“ kommt in seiner Nummer vom Sonnabend im Leitartikel und in einer ausländischen Correspondenz auf die neuen Decretirungen der „Nationalregierung“ zurück, in ersterem, um dem „Dziennik Warszawski“ zu antworten, mit dem er früher — doch ist dies schon lange her — jede Polemik verächtlich bei Seite schob, den man aber, wie sein Feuilletonist gesagt und der „Gaz.“ selbst einzusehen scheint, nicht so ohne weiteres in die Röhre stecken kann. Die erwähnte Corr., datirt x. z. und datirt Gadowa (Gent), 13. d., ist eine Entgegnung auf einen Artikel der „Bytwałosc“. Der Inhalt beider Artikel läßt sich mit Uebergehung der uns fremden Polemik, die sich auf nicht berührte Stellen der angezogenen Blätter bezieht, in folgendem wiedergeben: Die „Bytwałosc“ vom 12. d. publicirt noch ein Decret der Quasi-Nationalregierung, das eben so klug als die vorigen, über die Aenderung der Siegel, die wohl von Niemand mehr gebraucht werden dürften, so wie das Decret über die Hinrichtung Bazsfowoff's und Szafarzky's, das gleichsam zeugen soll, daß die Nationalregierung mit Gewißheit in Warschau besteht. Dabei verdrängt sie wie gewöhnlich die Motive, die die Redaction des „Gaz.“ leiteten, als sie ihren Aufsatz gegen jene Komödie der Quasi-Nationalregierung schrieb, der Niemand gehört, weil Niemand sie anerkennt. Glaubt die „Bytwałosc“, daß sie von irgend welchem Einfluß im Lande? Schon der hausbackenste Verstand erblicke hier Jungenthum, Mangel, nicht schon an raison d'état, aber an gewöhnlichem Verstand und vollständigen Mangel an Logik. Sie will den Zustand und zwar bald und gestehe selbst in verschiedenen Correspondenzen, daß der Widerwillen, ihn von neuem zu beginnen, allgemein sei. (Die „Bytwałosc“ hatte nämlich in einer citirten Correspondenz aus dem Polen'schen sich von Jemand, der „fast im ganzen Großherzogthum bei Niemand Obdach gefunden“, schreiben lassen, daß er überall Widerwillen und Verachtung des letzten Aufstandes gefunden habe.) Dem „Dziennik Warszawski“ gegenüber erklärt der „Gaz.“, er sei wirklich dem Ausbruch des Aufstandes entgegengewesen und habe bei der ersten Nachricht von ihm kein Bedenken getragen auszusprechen, daß dieser Schritt der Verzweiflung ihn mit Bedauern und Schmerz erfülle. Seine Besorgnisse und Zweifel wären jedoch geschwunden, als die drei ersten Großmächte in Europa, Oesterreich, Frankreich und England, auf die Seite der polnischen Nation sich gestellt und die Erfüllung rechtmäßiger Wünsche und Bedürfnisse verlangt, deren Nichtbefriedigung sie als Hauptmotiv dieses verzweifelten Schrittes (wohl nur ihrer Vermittlung; der Revolution wurde niemals eine Berechtigung zugestanden. D. Red.) ansahen. Die weitere Antwort will be weisen, daß der „Gaz.“ kein Organ irgend einer Partei sei. Schließlich erklärt der „Gaz.“ auf die Aufforderung des „Dziennik Warszawski“, seine Stimme mit der des „Dziennik Warszawski“ zu vereinigen zur Aufklärung und Beruhigung der Gemüther: er weise dies durchaus nicht ab, sondern bekenne, daß er in diesem Werk fortschreite.

Der „Gaz.“ erhält unter der gewöhnlichen Chiffre (R.), datirt Wien 17. d., die Fortsetzung der Liste der in Rußland gefangen gehaltenen k. k. Untertanen, für die auf Verwendung des hochw. Kuzka das h. Ministerium des Innern die gehörigen Schritte bezüglich ihrer Befreiung gethan. Sie umfaßt die N. N. 214 — 242, darunter Broniek, Macieszkiewicz aus Ghorzelowo (Tarnów), der bei Komorowo gefangen genommen; weiteres Schicksal unbekannt.

Thomas Babula ebendaher, im Königr. Polen gefangen genommen und nach Wiatka verurtheilt. Adalbert Rycklak aus Jezewo (Keszów), ebenda gefangen und auf 2 Jahre zur Strafscompagnie in Kurf verurtheilt.

Jos. Szlajber aus Radomysl (Tarnów), 20 J. alt, ebenda gefangen und zur Strafscompagnie in Zambow verurtheilt.

